

CVP und FdP streiten sich um das Vizepräsidium

Nunningen Kampfwahl findet am 11. März statt

Viele Gemeinden sind froh, wenn keine Sitze in ihrer Exekutive leer bleiben. In Nunningen dagegen herrscht kein Personalangel – im Gegenteil: Um das Gemeindevizepräsidium herrscht fast schon ein Gerangel: Gleich zwei Ratsmitglieder wollen nun die Nachfolge des letzten Sommer zurückgetretenen Rainer Fringeli antreten. An der Gemeinderatssitzung gab Ammann Kuno Gasser (CVP) die Kandidatur von FdP-Gemeinderat René Häner-Hänggi bekannt. Würde er als Einziger kandidieren, so fände lediglich eine Bestätigungswahl an der Urne statt.

Ungeschriebenes Gesetz gebrochen

Doch nun will auch CVP-Gemeinderat Daniel Hänggi Vizepräsident werden. Somit kommt es am 11. März in Nunningen zu einer Kampfwahl. Auch Hans Göller von den Freien Wählern interessierte sich ursprünglich für den freien Posten, lehnte aber an der Sitzung ab und sagte: «Ich bin und bleibe lieber weiterhin von Herzen Gemeinderat.»

Göller warf dem CVP-Kandidaten Hänggi vor, noch im Dezember gedroht zu haben, alles hinzuschmeissen. Der Parteilose lobte zwar Hänggis Interesse an der Politik hatte jedoch etwas Mühe mit dem plötzlichen Sinneswandel. Was hinter der Zweitkandidatur Hänggis steckt, blieb offen. Die Kandidatur aus CVP-Reihen bricht zudem ein ungeschriebenes Gesetz in Nunningen: Demnach überlässt jene

Partei, die das Präsidium inne hat – in diesem Fall die CVP – das Vizepräsidium der Konkurrenz (FdP).

Vorsichtig äusserte sich der Gemeinderat zum Sponsoring-Gesuch für das Musical Schwarzbueb: Der Rat will abwarten, bis Initiator Andreas Schwarz, der in Nunningen bereits mehrere Schüleraufführungen inszeniert hat, ein genaueres Konzept vorlegen kann. Gemeindepräsident Gasser befürchtete, dass die Organisatoren mehr als nur Kleingeld erwarten. Das Grossprojekt schien den Räten zu ungewiss, doch eine endgültige Absage wollten sie auch nicht erteilen. Der Rat befürchtet, dass das ehrgeizige Projekt an den hohen Kosten – rund 53 000 Franken – scheitern könnte.

Rauchverbot später umsetzen

Weiter debattierte der Gemeinderat über das Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, welches vom Solothurner Stimmvolk am 26. November 2006 beschlossen wurde. Daniel Hänggi votierte dafür, das Gesetz unverzüglich umzusetzen. Toleranter gegenüber den Rauchern zeigte sich Hans Göller. Er plädierte während der eingeräumten Übergangsfrist von zwei Jahren das Verdikt noch nicht durchzusetzen. Göllers Antrag obsiegte mit vier gegen drei Stimmen bei zwei Enthaltungen. Demnach kann an öffentlichen Anlässen in Nunningen wie Theater- und Konzertaufführungen vorderhand weitergeraucht werden. (FHA)